

Nr. 11/18 | 7.4.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung
2. 20 Jahre Völkermord in Ruanda
3. Beteiligung deutscher Streitkräfte an EUTM Somalia
4. Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode
5. Relevantes aus Mannheim und der Region
6. Ankündigung



1. Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung

In erster Lesung wurden die Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung beraten. So brachten wir eines der zentralen Wahlversprechen – die Verbesserungen bei der Mütterrente – auf den Weg. Die Familienarbeit für vor 1992 geborene Kinder als Beitrag zum Bestand der Rentenversicherung wird in verbesserter Weise anerkannt. Die betroffenen Mütter erhalten einen zusätzlichen Rentenpunkt. Die Ausweitung der Mütterrente, die zum 1. Juli 2014 wirksam wird, wengleich die Auszahlung aus verwaltungstechnischen Gründen erst später erfolgt, unterstreicht die zentrale Rolle der Familie für den Generationenvertrag.

Zur Flankierung der Rente mit 67 wird im Bereich der Renten wegen Erwerbsminderung auf die Anhebung der Altersgrenzen reagiert. Diese werden an die Erhöhung der Altersgrenzen angepasst und das Absicherungsniveau von Erwerbsminderungsrentnern verbessert. Zur Wiederherstellung von Gesundheit und Leistungskraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird Vorsorge dafür getroffen, dass ausreichend Finanzmittel für die berufliche und medizinische Rehabilitation zur Verfügung stehen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die besonders lange gearbeitet haben, sollen die Möglichkeit bekommen, mit 63 Jahren und nach 45 Beitragsjahren ohne Abschlüsse in Rente gehen zu können. Wenn der Arbeitsmarkt mitspielt – und davon ist wegen des Fachkräftemangels auszugehen – wäre die Beseitigung der Hindernisse zur Flexibilisierung des Renteneintritts der beste Lösungsansatz für die anstehenden Herausforderungen. Die Situation der Rentenversicherung hat sich ausgesprochen gut entwickelt. Wir haben den niedrigsten Rentenbeitragssatz seit 1995. Der Rentenversicherungsbericht im Jahre 2009 hatte für 2014 noch einen Beitragssatz von 19,9 Prozent erwartet. Tatsächlich liegt er jetzt bei 18,9 Prozent. Die Beitragsentwicklung ist günstiger als gedacht. Und der Bund wird seiner finanziellen Verantwortung der Rentenversicherung gegenüber gerecht. Es kommt ab dem Jahr 2019 zu einem höheren Bundeszuschuss.

2. 20 Jahre Völkermord in Ruanda

Bis zu 800.000 Menschen wurden Opfer des Massenmordes, in dem Ruanda in den Monaten April bis Juni 1994 versank. Wir gedenken des schrecklichen Völkermordes und ermutigen Parlament, Regierung und die Gesellschaft in Ruanda, sich mit ihrer jeweiligen Rolle auseinander zu setzen. Die Erinnerung steht zu Beginn der Aufarbeitung mit dem Ziel, eine Stärkung von Demokratie und Menschenrechten sowie ein friedliches Zusammenleben in Ruanda zu erreichen. Hiermit kommt auch der Zivilgesellschaft eine wichtige Bedeutung zu.

Mit einer Erinnerung an den ruandischen Völkermord verbindet sich gleichzeitig eine Erinnerung an die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft in und für Afrika. Die Bundesregierung setzt sich mit dieser Verantwortung im Rahmen ihrer neuen Afrikastrategie auseinander. Deutschland muss und wird sich weiter für das friedliche Zusammenleben der Völker, Ethnien und Religionen sowie für die Herrschaft des Rechts einsetzen.

3. Beteiligung deutscher Streitkräfte an EUTM Somalia

Bis Dezember 2013 war die Bundeswehr an der EU-mandatierten Ausbildung der somalischen Streitkräfte in Uganda beteiligt. Die zwischenzeitliche Verlagerung nach Mogadischu hatte zu einer Aussetzung der deutschen Beteiligung geführt. Die Ausbildung findet jetzt in einer besonders geschützten Zone am Flughafen von Mogadischu statt. Die Bundesregierung hat beantragt, bis zu 20 Soldaten entsenden zu können. Da Deutschland mit dieser Beteiligung einen wichtigen Beitrag zu Stabilität und Sicherheit in Afrika leisten kann, haben wir der Entsendung in namentlicher Abstimmung zugestimmt.

4. Minderheitenrechte in der 18. WP

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, weiten wir für die Dauer dieser Wahlperiode die parlamentarischen Möglichkeiten der Oppositionsfraktionen aus. So werden sie künftig gemeinsam jene Rechte wahrnehmen können, die in Zeiten nicht großer Koalitionen in der Regel ein Quorum von 25 Prozent erfordern. Darüber hinaus wollen wir den Oppositionszuschlag von 10 auf 15 Prozent erhöhen.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Jahrelanger Einsatz für Patentgericht hat sich gelohnt

„Das Mannheimer Landgericht bleibt Patentgericht!“ Diese frohe Botschaft wurde in der vergangenen Woche bekannt. Ich habe mich jahrelang für den Erhalt der Patentkammer Mannheim eingesetzt. Während es zunächst so aussah, als würden nach der Reform der Europäischen Patentgerichtsbarkeit nur drei deutsche Patentgerichtsstandorte eingerichtet werden, wurden Deutschland auf EU-, Bundes- und Landesebene nun vier Standorte zugesichert.

Ich habe in Briefen und parlamentarischen Anfragen immer wieder auf die hohe Reputation der Patentkammer Mannheim in Fachkreisen, auf die hohe Anzahl der Patentanmeldungen in Baden-Württemberg sowie auf die Anzahl der Patentverfahren hingewiesen, bei denen Mannheim an zweiter Stelle hinter Düsseldorf steht, aber noch vor München. Dies ist eine gute Entscheidung für Mannheim. Dadurch steigt das Renommee Mannheims.

Gespräch mit internationalen Studierenden in Mannheim

Ich informierte Studierende der Universität Mannheim aus verschiedenen Ländern im Rahmen des Kurses „Germany at a glance“ über die Politik in Berlin. Ziel des Kurses ist es, die Geschichte über das politische System der Bundesrepublik Deutschland näher kennenzulernen.

Besonders faszinierend war für die Studierenden die Vielfalt an internationalen Themen, mit denen ich im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe oder im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu tun habe. Ebenso sehr interessierten sie sich für die Themen, die ich für meinen Wahlkreis bearbeite. Am Beispiel der Bahntrasse Frankfurt-Mannheim illustrierte ich

den Studierenden die Verknüpfungen zwischen der Arbeit im Gemeinderat der Stadt Mannheim und im Deutschen Bundestag.

Mein eigener politischer Werdegang diene schließlich als Grundlage für die Erläuterung der zwei Stimmen bei der Bundestagswahl, da ich 1990 über die Landesliste erstmalig in den Bundestag gewählt wurde, später aber, u.a. bei der vergangenen Bundestagswahl, das Direktmandat holen konnte.

6. Ankündigung

In verschiedenen Veranstaltungen berichte ich in Mannheim über den Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mütterrente, die Vorhaben im Bereich von Gesundheit und Pflege, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über Gleichstellung und Integration und über die Energiewende. Auch die Anliegen Mannheims und der Metropolregion an den Bund thematisiere ich. Vor allem möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit geben, ihre Anregungen und Fragen vorzutragen, um sie an die politisch Verantwortlichen in Berlin weiterzuleiten.

Die nächsten Veranstaltungen finden statt am:

- Montag, 28. April 2014, 19 Uhr, im Gasthof „Zum Adler“, Ausgasse 1, 68307 Mannheim-Sandhofen
- Freitag, 23. Mai 2014, 19:30 Uhr, Haus der Katholischen Kirche. Thema: „Was bringt uns das neue Rentenpaket?“ mit Peter Weiß MdB

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de